

Einladung zum Ehegattennachzug (Eheschließung im Bundesgebiet)

Merkblatt zur Abgabe einer Verpflichtungserklärung

***Derjenige, der die Verpflichtungserklärung abgibt,
muss persönlich vorsprechen!***

Folgende persönliche Daten des/ der Verlobten aus dem Ausland werden benötigt:

- Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort
- Staatsangehörigkeit
- Anschrift im Heimatland
- Reisepass-Nummer
- reisen weitere Personen (Kinder) mit in das Bundesgebiet?
- vorgesehenes Einreisedatum

Folgende Unterlagen werden vom Verpflichtungsgeber bei der Ausländerbehörde benötigt:

- Personalausweis oder Reisepass
- Aufenthaltstitel, sofern Sie eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen
- Einkommensnachweise (je nach persönlichen Verhältnissen):
 - die letzten drei Lohnabrechnungen,
 - bei Selbständigen:
Bescheinigung des Steuerberaters über das **aktuelle monatliche Nettoeinkommen** (der letzte Steuerbescheid ist nicht ausreichend! **Muster siehe Rückseite der Selbstauskunft!**)
 - Rentenbescheid
 - sonstige Einkommensnachweise (z.B. Arbeitslosengeld I Bescheid, Krankengeld Bescheid, Nachweis über Mieteinnahmen)

Finanzielle Leistungsfähigkeit:

Die Ausländerbehörde prüft Ihre finanzielle Leistungsfähigkeit. Die Prüfung bezieht sich auf die Anzahl der Personen, denen Sie Unterhalt gewähren. Dabei muss sich die Ausländerbehörde an den Pfändungsfreigrenzen orientieren.

Anhand folgender Tabelle können Sie sehen, ob Ihr Nettoeinkommen für die Abgabe einer Verpflichtungserklärung ausreicht.

	Verlobte/r
- Verlobte/r in Deutschland	2.020,00 €
+ 1 unterhaltsberechtigter Person	2.790,00 €
+ 2 unterhaltsberechtigter Personen	3.330,00 €
+ 3 unterhaltsberechtigter Personen	3.747,00 €
+ 4 unterhaltsberechtigter Personen	3.946,00 €
+ 5 unterhaltsberechtigter Personen	4.096,00 €

(Einkünfte wie etwa Spesen, Essensgelder, Weihnachtsgeld bis 500 €, Erziehungs-, Eltern-, Kindergeld, Witwen- und Waisenrenten können bei der Berechnung der Pfändungsgrenze nicht berücksichtigt werden, da diese pfändungsfrei sind.)

Kinder gelten als unterhaltsberechtigter, wenn sie ein monatliches Nettoeinkommen unter 600,00 € (unverbindlicher Richtwert) haben.

Die Verwaltungsgebühr für die Verpflichtungserklärung beträgt 29,00 €.

Grundsätzlich sind Ihre Angaben gegenüber der Ausländerbehörde freiwillig.

Die Verpflichtungserklärung kann nur abgegeben werden, wenn alle benötigten Unterlagen/Daten vorgelegt werden!

Bei Ehegatten kann nur derjenige einladen, der ein Einkommen erzielt. Soll das Einkommen beider der Verpflichtungserklärung zugrunde gelegt werden, müssen beide Ehegatten vorsprechen.

Bitte lesen Sie vor Abgabe der Verpflichtungserklärung genau den Text der Verpflichtungserklärung, insbesondere zum Umfang Ihrer Verpflichtung (siehe unten). Für Rückfragen stehen Ihnen die Mitarbeiter/innen der Ausländerbehörde zur Verfügung.

Ihr Besucher hat bei der Beantragung seines Visums das Original der Verpflichtungserklärung der zuständigen deutschen Auslandsvertretung vorzulegen. Gleiches gilt auch für den Nachweis einer ausreichenden Krankenversicherung.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die deutsche Auslandsvertretung trotz Vorlage der Verpflichtungserklärung die Erteilung eines Visums ablehnen kann.

Umfang der hinsichtlich Ihres Verlobten von Ihnen eingegangenen Verpflichtung

a. Kosten für den Lebensunterhalt

➤ § 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG): Haftung für Lebensunterhalt

Wer sich der Ausländerbehörde oder einer Auslandsvertretung gegenüber verpflichtet hat, die Kosten für den Lebensunterhalt eines Ausländers zu tragen, hat sämtliche öffentlichen Mittel zu erstatten, die für den Lebensunterhalt des Ausländers einschließlich der Versorgung mit Wohnraum und der Versorgung im Krankheitsfalle und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, auch soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch des Ausländers beruhen. Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen, sind nicht zu erstatten.

b. Kosten der Ausreise

➤ § 66 AufenthG; Kostenschuldner; Sicherheitsleistung

(1) Kosten, die durch die Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung, die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung entstehen, hat der Ausländer zu tragen.

(2) Neben dem Ausländer haftet für die in Absatz 1 bezeichneten Kosten, wer sich gegenüber der Ausländerbehörde oder der Auslandsvertretung verpflichtet hat, für die Ausreisekosten des Ausländers aufzukommen.

➤ § 67 AufenthG; Umfang der Kostenhaftung

(1) Die Kosten der Abschiebung, Zurückschiebung, Zurückweisung und der Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung umfassen

1. die Beförderungs- und sonstigen Reisekosten für den Ausländer innerhalb des Bundesgebiets und bis zum Zielort außerhalb des Bundesgebiets,
2. die bei der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahme entstehenden Verwaltungskosten einschließlich der Kosten für die Abschiebungshaft und der Übersetzungs- und Dolmetscherkosten und die Ausgaben für die Unterbringung, Verpflegung und sonstige Versorgung des Ausländers sowie
3. sämtliche durch eine erforderliche amtliche Begleitung des Ausländers entstehenden Kosten einschließlich der Personalkosten.

c. Zeitlicher Umfang

Vom Beginn der Visumsgültigkeit bis zur Beendigung des Aufenthaltes des Besuchers oder der Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Aufenthaltzweck.

Sofern Sie gegenüber der Ausländerbehörde vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben machen, ist dies nach § 95 AufenthG strafbar und kann mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft werden.

Die deutsche Auslandsvertretung entscheidet über die Visumserteilung in alleiniger Zuständigkeit!

Selbstauskunft zur Abgabe einer Verpflichtungserklärung für den Ehegattennachzug
(§§ 66 bis 68 Aufenthaltsgesetz)

Name:	
Vorname(n):	
Geburtsdatum:	

Hiermit erkläre ich, dass _____ Person(en) (Kinder etc.) mit mir in häuslicher Gemeinschaft leben. (Anzahl)

Diese Personen verfügen über folgendes Einkommen:

1. Kind	<input type="checkbox"/> unter 600,00 € / nicht erwerbstätig / Schüler	<input type="checkbox"/> über 600,00 €
2. Kind	<input type="checkbox"/> unter 600,00 € / nicht erwerbstätig / Schüler	<input type="checkbox"/> über 600,00 €
3. Kind	<input type="checkbox"/> unter 600,00 € / nicht erwerbstätig / Schüler	<input type="checkbox"/> über 600,00 €
4. Kind	<input type="checkbox"/> unter 600,00 € / nicht erwerbstätig / Schüler	<input type="checkbox"/> über 600,00 €
sonstige Personen	<input type="checkbox"/> unter 600,00 € / nicht erwerbstätig / Schüler	<input type="checkbox"/> über 600,00 €

Bitte Zutreffendes ankreuzen!

Darüber hinaus komme ich für _____ Person(en) (Ex-Ehepartner, Kinder) außerhalb meines Haushaltes finanziell auf. (Anzahl)

Ich verfüge über folgendes Einkommen:

- Monatliches durchschnittliches Nettoeinkommen		€
<i>Angaben aus Lohnabrechnungen der letzten drei Monate, Bescheinigung des Steuerberaters über das mtl. Nettoeinkommen von Selbstständigen, siehe Rückseite</i>		
- Sonstiges monatliches Einkommen:		€
<i>Zum Beispiel: Mieteinnahmen, Krankengeld, Arbeitslosengeld I, Rente)</i>		

Ich habe innerhalb der letzten 6 Monate eine Verpflichtungserklärung abgegeben:

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, für _____ Personen am _____ <small>(Anzahl) (Datum)</small>
--------------------------------------	---

Ich beabsichtige _____ in die Bundesrepublik Deutschland einzuladen.
(wen)

Erklärung zum Aufenthaltszweck:

In Kenntnis der möglichen Strafbarkeit wissentlicher Falschangaben, ist der Aufenthalt der von mir eingeladenen Person ausschließlich für den angegebenen Aufenthaltszweck

Darüber hinaus wurde ich darauf hingewiesen, dass das Vorliegen der sonstigen allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen unabhängig von der Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Rahmen des Visumsverfahrens geprüft wird und Voraussetzung für die Visumserteilung ist.

Ich bestätige hiermit die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.

<i>Ort, Datum</i>	<i>Unterschrift</i>

Muster einer Bescheinigung des Steuerberaters
über das monatliche Nettoeinkommen von Selbstständigen

Name und Anschrift der Steuerberaterin bzw. des Steuerberaters

Sehr geehrte Damen und Herren,

hierdurch bestätige ich, dass Frau/Herr ... im Jahr ... über ein durchschnittliches Nettoeinkommen von monatlich ... € verfügt.

Dieses Einkommen erzielt sie/er aus einer gewerblichen Tätigkeit als Das Gewerbe wird steuerlich beim Finanzamt ... unter der Steuernummer ... geführt. Die monatliche Buchhaltung wird aufgrund der mir vorgelegten Unterlagen und Belege in meinem Büro erstellt, ebenso die vierteljährlichen Umsatzsteuer-Voranmeldungen.

Das verfügbare Nettoeinkommen wurde wie folgt ermittelt:

Durchschnittlicher monatlicher Gewinn aus gewerblicher Tätigkeit	... €
./. Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag	... €
./. Beiträge zur Kranken-, Pflegeversicherung und privater Altersvorsorge	... €
Verfügbares monatliches Nettoeinkommen	<hr/> ... € <hr/>

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift der Steuerberaterin bzw. des Steuerberaters